

Literatur-Rundschau

Niklas Luhmann: Einführung in die Systemtheorie. Herausgegeben von Dirk Baecker. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag 2002, 346 Seiten, 24,90 Euro.

Der Soziologie-Professor Dirk Baecker ist sich sicher, dass Niklas Luhmann nie auf die Idee gekommen wäre, die Transkription einer seiner Vorlesungen zu veröffentlichen. Und dennoch hat Baecker das Projekt gewagt: Das Buch „Einführung in die Systemtheorie“ ist die fast wörtliche Übertragung einer Vorlesung, die Luhmann im Wintersemester 1991/92 an der Universität Bielefeld gehalten hat und die damals auf Tonband aufgenommen wurde. Die Texte wahren weitgehend den mündlichen Charakter - und genau das macht ihren Reiz aus: Wer selbst nicht die Chance hatte, Luhmann ausführlich zuhören zu können, sondern sich auf das Lesen seiner komplexen Theorie beschränken musste, hat jetzt die Chance, den Meister postum mündlich zu „erleben“. (Wer ihn auch hören möchte, kann auf eine 14-stündige Kassettenausgabe zurückgreifen, die seltsamerweise nicht auf CD veröffentlicht und für 122 Euro recht teuer ist.)

Es gibt wohl kaum eine Textsammlung von Luhmann, die so

verständlich und nachvollziehbar ist. Und noch mehr wie in seinen anderen Büchern blitzt der trockene und funktionale Witz Luhmanns an vielen Stellen auf, etwa wenn von der Dame ohne Unterbeziehungsweise Oberleib die Rede ist, wenn er Meerschweinchen mit Studenten vergleicht oder wenn er fast schon flapsig die Beobachtung zweiter Ordnung erklärt: Damit sei nicht gemeint, „dass man irgendwelchen Leuten zuschaut, sondern dass man sich anschaut, wie sie beobachten“.

Mehr noch als in seinen Büchern geht Luhmann in der Vorlesung auf Kritik an der Systemtheorie ein. So begründet er zum Beispiel an mehreren Stellen ausführlich und einleuchtend, warum es in einer Gesellschaftstheorie sinnvoll ist, psychische und soziale Systemen zu unterscheiden und damit leibhaftige Menschen aus sozialen Systemen auszublenden. Hier wird noch einmal ganz deutlich, dass Luhmann Unrecht tut, wer seiner Theorie einen methodologischen Antihumanismus vorwirft. „Die Platzierung des Menschen in der Umwelt hat nicht das ablehnende oder abwertende Moment, das oft unterstellt wird, sondern die Umweltposition ist vielleicht sogar die angenehmere, wenn man sich unsere normale kritische Einstel-

lung gegenüber der Gesellschaft vor Augen hält“ (S. 256).

Die Thesen und Argumente Luhmanns sind hinreichend bekannt und mehrfach veröffentlicht. In seinem wohl letzten Buch steht nichts Neues - dafür wird das Alte auf eine ganz neue und spannende Art und Weise nahe gebracht. Es ist vielleicht weniger eine „Systemtheorie for beginners“ als vielmehr eine Einladung zum unvoreingenommenen Wiederentdecken und Neuentdecken für alle Freunde und Feinde der Systemtheorie.

Klaus Meier

Vinzenz Wyss: Redaktionelles Qualitätsmanagement. Ziele, Normen, Ressourcen. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2002 (= Forschungsfeld Kommunikation, Band 15), 430 Seiten, 39,00 Euro.

Mit der vorliegenden Dissertation behandelt der Autor die Frage, inwieweit Qualitätssicherung und Qualitätsstandards in der redaktionellen Arbeit Berücksichtigung finden können. Er nimmt dabei eine Zweiteilung vor. Zum einen werden die grundlegenden theoretischen Aspekte der Qualitätssicherung allgemein bestimmt und auf die journalistische Arbeit übertragen. Dabei verbindet Vinzenz Wyss neben kommunikationswissenschaftlichen auch betriebswirtschaftliche und soziologische Erkenntnisse, insbesonde-

re die Theoriebildung zum Total Quality Management (TQM). Zum anderen ergänzt eine dreiteilige, sehr umfassende Umfrage unter Schweizer Medienschaffenden die theoretische Aufarbeitung und bietet hiermit einen ganz neuen Zugang zum Thema.

Nach Ansicht des Verfassers wurde bisher journalistische Qualitätssicherung vorrangig als innerredaktionell zu verantwortende Funktion begriffen, ergänzt um wenig verbindliche Regeln wie Ethikkodices etc. Standards haben sich daher vor allem innerorganisatorisch ausgebildet, also in den einzelnen Redaktionen. Entsprechend heterogen und wenig allgemein verbindlich sind daher die Ansatzpunkte der redaktionellen Qualitätssicherung. Journalisten genießen zudem einen hohen Grad an Autonomie, und sie fordern diese Autonomie auch regelmäßig ein.

Der Autor leitet daraus diverse Desiderate ab und schlägt vor, anhand des TQM-Modells Standards für redaktionelle Qualität zu entwickeln. In der Konsequenz sollen sich alle Redaktionsangehörigen einem genau definierten Qualitätsverständnis verpflichten, das sowohl den Umgang mit Informationen als auch das Arbeiten in der Redaktion sowie die Orientierung am Publikum und an den gesellschaftlichen Erfordernissen berücksichtigt. Dabei gibt es viele Knackpunkte, haben sich Journalisten nach eigener Erfah-

rung doch oft einer höheren Instanz als dem Markt oder den innerbetrieblichen Controlling-Abteilungen verpflichtet gefühlt. Wie sich dies auswirkt, führt Wyss beispielhaft an den Redaktionskonferenzen aus: Statt Forum für offene, objektive Blattkritik und damit zentrale Plattform der journalistischen Qualitätssicherung zu sein, erscheinen sie zu oft eher als belangloser Meinungsaustausch, verursacht durch falsch verstandene kollegiale Rücksichtnahme.

Ziemlich sicher zeichnet sich hier auch schon eine Erklärung dafür ab, warum in der aktuellen Medienkrise so viele Redaktionen von der Sparwut der kaufmännischen Verantwortungsträger überrollt werden. Haben die Journalisten es bewusst oder unbewusst versäumt, objektive Kriterien für redaktionelle Qualität zu entwickeln, die auch den Anfragen von Betriebswirten standhalten? Hier schlägt sich möglicherweise auch der bisher eher unterlassene Dialog mit der Betriebswirtschaft negativ nieder. Dass umgekehrt auch seitens der Medienwirtschaftslehre keine akzeptablen Modelle erarbeitet wurden, mag man ebenso bedauern; dies hilft aber im Moment wenig weiter.

Die anschließend dokumentierten Umfragen beeindrucken nicht allein durch den hohen Aufwand bei Durchführung und Auswertung. Die Resultate zeigen deut-

lich, dass sich erst langsam ein Wandel in der Einstellung gegenüber den Managementinstrumenten abzeichnet. Man mag den befragten Redakteuren durchaus in ihrem Unmut zustimmen, weil Managementaufgaben sie von ihren originären journalistischen Tätigkeit wegführen. Letztendlich werden sie dies aber mehr oder weniger umfangreich akzeptieren müssen, um sich nicht völlig dem Diktat redaktionsferner Verlagsmanager auszuliefern. Und dies erfordert auch ein Umdenken sowohl im Redaktionsalltag als auch in der Aus- und Fortbildung der Medienschaffenden.

Entsprechende Brisanz wohnt dieser Arbeit inne. Zudem dokumentiert die Studie von Wyss noch etwas anderes auf der Meta-Ebene: Die Verbindung des Wissens aus den Disziplinen Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Betriebswirtschaft kann die wissenschaftliche Diskussion erheblich voranbringen, was ja auch schon an anderer Stelle augenfällig bewiesen wurde.

Steffen Hillebrecht

Walter Hömberg (Hg.): Deutschland – einig Medienland? Erfahrungen und Analysen. Münster: LIT-Verlag 2002 (=MARKierungen. Beiträge des Münchner Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk, Band 2), 122 Seiten, 9,90 Euro.

Deutsch-deutsche Befindlichkeiten sind immer noch ein Thema, auch in den Medienwissenschaften. Da sogar besonders, denn ob „zusammenwächst, was zusammengehört“, ist bei der Mediennutzung noch lange nicht ausgemacht. Und auch in Bezug auf Institutionen und Journalisten herrscht bei manchen „Wessis“ Skepsis gegenüber den ostdeutschen Verhältnissen. In einer Tagung wollte der „Münchener Arbeitskreis“, der sich sonst vor allem die Förderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Fahnen geschrieben hat, deshalb „Bausteine zur Vereinigungsbilanz“ (S. 6) liefern.

Walter Hömberg, Sprecher des Arbeitskreises und Herausgeber des Tagungsbandes, beschränkt sich auf einen einleitenden Beitrag, der die Fragen und Probleme anreißt. Weiter in die Tiefe geht Hans-Jörg Stiehler. Er stellt unter dem Titel „Der Osten tickt anders!?“ zunächst Befunde zur Mediennutzung in den neuen Bundesländern zusammen. Doch die quantitative Analyse mit dem Ergebnis „Ostdeutsche nutzen (vor allem das Fernsehen) länger und unterhaltungsorientierter als Westdeutsche“ reicht ihm nicht. Er fragt: warum? Stiehler konfrontiert die gängigen Hypothesen mit empirischen Daten und kommt zu dem Ergebnis: Die ostdeutsche Mediennutzung lässt sich schlüssig nur erklären, wenn man „die Sozialisations- und die

Situationshypothese als interagierend“ (S. 95) ansieht. Soll heißen: Schon die DDR-Bürger waren intensiven und unterhaltungsorientierten Medienkonsum gewöhnt; diese Sozialisation wird verstärkt durch eine unbefriedigende Lebens- und Arbeitssituation, bei der das Fernsehen „als zeitweilige Flucht aus dem belastenden Alltag dient“ (S. 94).

Sind die Medien also weitere „Mauersteine“ zwischen Ost und West? Dieter Stürzebecher geht dieser Frage unter ganz anderer Perspektive nach. Ausgehend von dem Vorwurf der Schriftstellerin Monika Maron, die Medien würden die „Mauer in den Köpfen“ erst kreieren, weil sie „ein unzutreffendes Bild vom Stand der Integration in Deutschland zeichnen“ (S. 39), fragt er nach der Rolle der „Tagespresse im Prozess der gesellschaftlichen Integration“. Der Titel ist allerdings insofern irreführend, als Stürzebecher seinen Blick fast ausschließlich auf ostdeutsche Printmedien richtet und auch nicht darauf eingeht, wie dort der „Stand der Integration“ beurteilt wird. Ihm geht es um das Selbstverständnis der Journalisten, die Qualität der Berichterstattung (lokale Information, Kommentierfreudigkeit) und die Pressekonzentration. Aufschlussreich sind die Ergebnisse allemal.

Einen ganz anderen Ansatz bieten die Beiträge von Sandra Daßler, Günther von Lojewski

und Karl Friedrich Reimers, die von persönlichen Erfahrungen aus der „Wendezeit“ berichten. Zweitveröffentlicht (aber immer noch lesenswert) sind dabei die Erinnerungen des SFB-Intendanten von Lojewski, der die Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachzeichnet. Interessant ist dabei nicht nur das Detail, dass der dafür wesentliche Artikel 36 im Einigungsvertrag in letzter Minute bei einem Nachtflug mit Wolfgang Schäuble zustande kam, sondern auch die Schilderung der politischen Verwicklungen im Schweriner Landtag, die zu einem „Anschluss“ Mecklenburg-Vorpommerns an den NDR führten.

Dagegen schweift Karl Friedrich Reimers, der Gründungsdirektor des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig, zu weit von seinem Thema ab. Nur kurz berichtet er darüber, wie es gelungen ist, aus einer „Nachwuchsschmiede für Parteifunktionäre“ ein Studienangebot zu schaffen, „das für verschiedenste Kommunikator-Aufgaben in der erweiterten Bundesrepublik und im geöffneten Europa qualifiziert“ (S. 31). Stattdessen reiht er familiäre Hintergründe an religiöse Bekenntnisse und zeitgeschichtliche Beobachtungen, die auf die Dauer etwas ermüden.

Kurz, aber dennoch wichtig für Tagung und Buch ist dagegen der Beitrag von Sandra Daßler. Die ostdeutsche Journalistin, die kei-

neswegs verhehlt, sich „mit der DDR, sprich: mit der ‚besseren Gesellschaftsordnung‘“ (S. 66) identifiziert zu haben, hat „die andere“ Sicht. Sie erzählt von dem „schmerzhaften Prozess“ (so der Titel) und von dem „Neuanfang nach dem bösen Erwachen“ (S. 67). Dabei ist sie weder larmoyant noch bußfertig, sondern selbstkritisch, was die Vergangenheit betrifft, und realistisch im Blick auf die Gegenwart. Denn auch nach der Wende ist im „demokratisierten“ ostdeutschen Medienmarkt nicht alles Gold, was glänzt. So soll sich ein (westdeutscher) Geschäftsführer einer (ostdeutschen) Tageszeitung bei den Redakteuren so vorgestellt haben: „Sie müssen nur eines beherzigen, wenn Sie im Job bleiben wollen: Früher hatte bei Ihnen die Partei das Sagen, und jetzt sind es die Anzeigenkunden“ (S. 71). Wenn das stimmt, ist Deutschland vielleicht doch ein enig Medienland!

Susanne Haverkamp

Roland Rosenstock: Evangelische Presse im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Kreuz Verlag 2002, 570 Seiten, 39,90 Euro.

Neue Bücher, die sich im Klappentext selbst als Standardwerk bezeichnen, schaut man sich doppelt kritisch an. Im Falle des hier besprochenen Werkes sei dem Klappentextdichter verziehen: Ro-

land Rosenstocks „Evangelische Presse im 20. Jahrhundert“ wird sich als Standardwerk bewähren. Schon der knappe, sachorientierte Titel vermittelt einen Vertrauensvorschuss. Hinter ihm muss sich, so weiß der mit der Sache halbwegs Vertraute, ein Universum kulturgeschichtlicher Entwicklung verbergen, ein Jahrhundert, in dem es innerhalb der evangelischen Kirchen in Deutschland (ebenso wie in der katholischen Kirche) um eine Auseinandersetzung über öffentliche Kommunikation in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft ging, die historisch einmalig ist. Und darüber hinaus in bestimmten Phasen des Jahrhunderts auch um eine Auseinandersetzung mit dem Staat, der es in seiner Ausformung als „Drittes Reich“ aufs Mundtot-Machen der konfessionellen Presse sowie schließlich der Kirche als ganzer angelegt hatte.

Rosenstocks Buch, das auf einer von Michael Schibilsky (Evangelisch-theologische Fakultät der Universität München) angeregten und betreuten Dissertation beruht, wird dieser Herausforderung gerecht. Es ist in fünf Kapitel gegliedert, die sowohl dem Lauf der Geschichte als auch dem Stand der einschlägigen Forschung Rechnung tragen: I. Entwicklung eines ungebundenen Pressewesens 1891-1933; II. Die Nationalsozialistische Presselenkung 1933-1945; III. Kirchen- und medienpolitische Interessen

1945-1949; IV. Die Presse als Leitmedium evangelischer Publizistik 1949-1968 und V. Information und Stellvertretung als Mandat.

Kapitel I. kann sich auf solide Vorarbeiten (zuletzt umfassend: Gottfried Mehnert 1983) stützen und sich insofern relativ kurz fassen. Die Besonderheit der evangelischen Presse in Deutschland besteht darin, dass sie sich gegenüber ihren (Amts-)Kirchen und deren Lehre mit Hilfe des Aufbaus regionaler Presseverbände emanzipiert hat. Deren Vielfalt fand 1910 in der Gründung des Evangelischen Presseverbands für Deutschland (EPD) einen funktional tüchtigen Zusammenschluss, „eine zentrale Organisation mit Sitz in Berlin, die die Arbeit der Presse effektiv koordinieren konnte“ (S. 53).

Der Rezensent bittet um Nachsicht für den Begriff „Besonderheit“; denn um eine solche handelt es sich aus katholischer Perspektive. Mit gleichem Recht könnte man sagen, dass die Emanzipationsentwicklung auf katholischer Seite, die ihren inneren Freiheitsanspruch (gegenüber der Amtskirche und der herrschenden römischen Lehre) dank der (unerwünschten!) Hilfestellung der Kulturkampfsituation mittels Gründung einer an Titeltzahl reichen Tagespresse dokumentierte, eine „Besonderheit“ war.

Wie dem auch sei, die sehr

starke verbandliche Durchsetzung der evangelischen Presse gab in den 1920er Jahren und eigentlich auch noch im Dritten Reich einen festen Halt; andererseits war sie auch Ursache spezifischer Probleme. Denn während der 1878 gegründete Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse 1933 von der Bildfläche verschwand, blieb der EPD innerhalb der evangelischen Kirchen auch nach der NS-Machtübernahme eine nicht wegzupolitisierte Größe, nicht zuletzt wegen seines renommierten Vorsitzenden August Hinderer.

Kapitel II befasst sich mit den Konditionen des Weiterbestehens evangelischer Presse unter der NS-Presselenkung, konkret unter dem Reichskulturkammer- und unter dem Schriftleitergesetz. Die auseinander driftenden Strömungen der Evangelischen zwischen „Deutschen Christen“ und Bekennender Kirche erschwerten die Gesamtsituation. Rosenstock beleuchtet die Situation *sine ira et studio*. In gleicher Grundhaltung referiert er die Legende vom Verbot des Evangelischen Presseendienstes (Epd, Vorläufer des heutigen epd) im Jahre 1937: In Wirklichkeit konnte dieser Dienst - eingeschränkt - bis 1941 erscheinen, wie Volker Lilienthal, ein epd-Redakteur von heute, im Jahre 2002 nachgewiesen hat. Erfinder der „Verbotslegende“ war der damalige Redaktionsleiter Focko Lüpsen, der nach 1945

einer der angesehensten evangelischen Publizisten wurde. Warum er die Legende in die Welt gesetzt hat, bleibt bei Rosenstock ungeklärt. War es eine „Zwecklüge“, die Lüpsen und dem neuen epd bei dessen Nachkriegsgründung Ansehen bei den Alliierten verschaffen sollte?

Die Genauigkeit in der Darstellung von Einzelentwicklungen, die das NS-Zeit-Kapitel zur spannenden Lektüre macht, gilt auch für die Kapitel III und IV, also für die frühe Nachkriegszeit und die Jahre des gelingenden Wiederaufbaus. Hier wird *auch* - wie bei Schmolke („Die schlechte Presse“, 1971 - der unbescheidene Vergleich sei ausnahmsweise gestattet) - Ideengeschichte geschrieben, in erster Linie jedoch Daten-, Fakten- und Personengeschichte auf breiter Quellen- und Literaturbasis. So erfahren wir viel zu den Positionen der unmittelbaren Nachkriegsdiskussion, und dies in Verbindung mit den Personen, die, wie gelegentlich der Eindruck entsteht, durchaus ihre Claims abzustecken im Sinne hatten.

Der Wiederaufbau der evangelischen Zeitschriftenpresse führte zwar zu ähnlichen Erscheinungsformen wie auf katholischer Seite, ging jedoch in einem Punkte von wesentlich verschiedenen Voraussetzungen aus: Nur der katholischen Sonntagspresse hatten die NS-Presselenker, gestützt auf eine unklare Formulierung im Kon-

kordat von 1933, das Einheitsmodell „Bistumsblatt“ überstülpen können. Dieses erwies sich für die Bischöfe, ohne dass sie es angestrebt hatten, als hierarchischer Glücksfall für die Nachkriegszeit: ein Bischof, ein Bistum, ein Bistumsblatt - und Herausgeber war immer der Bischof!

Obwohl es diese - ideologische - Startplattform für die evangelische Nachkriegspresse nicht gab, erwies sich auch hier der Typus des Kirchengebietsblattes als der lange Zeit erfolgreichste. „In der britischen Zone durfte im Gebiet jeder Landeskirche ein zentrales Kirchenblatt erscheinen. Die Vorgaben des englischen Press-Control-Organs führten zu einer für den Protestantismus ungewöhnlichen Konzentration der kirchlichen Presse“ (S. 179). Und hierarchisch-zentralistische Anwendungen hat es offenbar auch gegeben: Die „Haltung der Kirchenkanzlei der EKD gegenüber dem EPD [Ev. Presseverband Deutschlands]“ habe es verhindert, „eine unabhängige und zentrale Presseorganisation wirkungsvoll aufzubauen“ (S. 278). Aus dieser Dissonanz heraus entstand schließlich das Gemeinschaftswerk der evangelischen Presse.

Interessante Ergänzungen der bisherigen (meist bruchstückhaften) Darstellungen der Frühphase der konfessionellen Nachrichtenagenturen sowie der anspruchsvollen Meinungspublizi-

stik finden wir in den Subkapiteln über „Die Konkurrenz der Agenturen“ und „Die Evangelischen Kommentare“. Unter Konkurrenz ist hier die ökumenische verstanden: der Christliche Nachrichtendienst (CND), den wir jüngst bei Hans-Günter Richardi („Am Anfang war das Ende“, 2001) aus Schwingensteins erinnernder Sicht kennen gelernt haben, wird hier in der evangelischen Perspektive gezeichnet. Bei der Meinungspublizistik treffen wir auf die Gründung und Einstellung von „Publik“ und auf die Folgen dieser Anstöße im evangelischen Bereich.

Damit befinden wir uns bereits im Kapitel V, das den nicht ohne weiteres eingängigen Titel trägt „Information und Stellvertretung als Mandat 1968-1991“. In der Gründung des Gemeinschaftswerks der evangelischen Publizistik (1973) sieht der Autor die endgültige (Wieder-)Erlangung der Emanzipation der publizistischen Arbeit: „Die Konstituierung eines selbständigen Werkes ist auch als Ausdruck einer veränderten Haltung der Kirchenleitungen gegenüber der evangelischen Publizistik zu werten: Evangelische Publizistik wurde von nun an als genuine Funktion der Kirche begriffen. Damit wurde anerkannt, dass die evangelische Publizistik kein Instrument der kirchenleitenden Organe ist oder unter der Fragestellung: ‚Die Presse als Kanzel‘ eine Dienst-

funktion für den sonntäglichen Gottesdienstes innehat“ (S. 349).

Demnach hieße es jetzt in die Diskussion der theoretischen Fundamente einzutreten, was jedoch den Rahmen dieser primär referierenden Rezension sprengen würde. Eine Grundannahme Rosenstocks ist die Dichotomie zwischen kirchenamtlicher Öffentlichkeitsarbeit und ungebundener, „freier Publizistik“. Eine zweite Grundannahme ist die Einordnung der evangelischen Publizistik in die Praktische Theologie und eine dritte die Respektierung der disziplinären Mit-Zuständigkeit der Kommunikationswissenschaft, näherhin der Kommunikationsgeschichte. Rosenstock pflegt die Rückbindung an diese drei Dimensionen, insbesondere an die erstgenannte: Bindung versus Freiheit. Als ganzes ist das Buch eine ermutigende Herausforderung für künftige Arbeiten.

Michael Schmolke

Klaus Arnold: Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR. Münstzer: LIT-Verlag 2002 (= Kommunikationsgeschichte, 746 Seiten, 45,90 Euro.

Der Ostberliner Deutschlandsender war während der ganzen Dauer seines Bestehens, von 1948 bis 1971, das offizielle Hörfunkprogramm der DDR für Westdeutschland. Diese Jahre waren

die „Eiszeit“ des Kalten Krieges. Es liegt also nahe, einer Untersuchung über Aufgabe, Struktur, Programm und Wirkung des Senders den Titel „Kalter Krieg im Äther“ zu geben, auch wenn nur einer der Kriegsführenden im deutschen Abschnitt der Ost-West-Auseinandersetzung vorgestellt wird. Wie alle Medien der DDR war der Deutschlandsender, der den aus den Dreißigerjahren stammenden traditionellen Namen weiterführte, ein Instrument der SED-Politik, wurde von der Partei auch inhaltlich dirigiert und unterstand ihrer strikten Kontrolle, nicht zuletzt mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes.

Was ihn von anderen Sendern der DDR unterschied, war seine gesamtdeutsche Orientierung. Deshalb existierte er auch nur so lange, wie die DDR Ambitionen in Richtung auf nationale Einheit hatte oder zu haben vorgab. Als die Abgrenzung zur Bundesrepublik zur Leitlinie der DDR-Politik wurde, bedeutete dies das Ende des Deutschlandsenders. Er wurde 1971 in „Stimme der DDR“ umgetauft und beauftragt, die Positionen der DDR international darzustellen.

Klaus Arnolds Dissertation über den Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR, entstanden am Institut für Kommunikationswissenschaft der Münchner Universität, nimmt für sich in Anspruch, das Programm des Senders zum ersten Mal de-

tailliert zu analysieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren um 1960, die auch „propagandistisch gesehen die interessantesten“ gewesen seien. Da trifft es sich günstig, dass - bei sonst lückenhafter Überlieferung in diesem Bereich - die Sendeprotokolle von 1958 bis 1971 „relativ komplett“ vorhanden sind.

Die umfangreiche und überaus gründliche Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste geht auf das Verhältnis von Propagandatheorie und Zeitgeschichte ein und beschreibt den Zusammenhang zwischen der Westpolitik der SED, dem Westapparat der Partei und der „Medienanleitung“ in der DDR. In der Definition des Autors ist Propaganda stets ideologisch und „eine umfassende, absolute Wahrheit beanspruchende Wirklichkeitskonstruktion“ mit Ausblendung widersprechender Informationen und Meinungen. Der zweite Teil befasst sich mit dem Deutschlandsender als Propagandainstrument und schildert, gegliedert in Zeitabschnitte, Struktur- und Programmentwicklung, jeweils eingebettet in die Darstellung der allgemeinen Medienpolitik der DDR.

Wenn und solange die SED glaubte, ihr politisches System - in bürgerlich-antifaschistischem Tarngewand - auf ganz Deutschland erstrecken zu können, sollte man annehmen, der beste Weg dazu wäre gewesen, die westdeutsche Öffentlichkeit zu umwerben.

Stattdessen konzentrierte der Deutschlandsender sich massiv und brutal auf die Diffamierung der Ordnung, der Institutionen und der führenden Politiker der „BRD“. Sie wurde als kriegsflüchter Nazi-Nachfolger-Staat dargestellt, wirtschaftlich angeschlagen und mit geknechteter Bevölkerung, die der Sender zu Streiks und ausserparlamentarischen Widerstandsaktionen aufrief. Das Programm zeichnete sich aus durch grobe Vereinfachung, Verfälschung, Verschweigen und sich ewig wiederholende Schlagworte.

Ein kleiner Kern von westdeutschen KPD- und DKP-Anhängern mochte sich mit einem solchen Angebot gut bedient fühlen. Wer in Westdeutschland den Deutschlandsender hören wollte, um zu erfahren, was die DDR zu sagen habe, wurde oft abgestoßen und enttäuscht. Die Hörerzahl im Westen blieb sehr gering.

Der Autor will nicht ausschliessen, dass die DDR einen kontraproduktiven Effekt ihrer Westpropaganda vielleicht sogar gewollt hat, weil sie auch in der Phase ihrer proklamierten nationalen Einheitspolitik einen tatsächlichen Zusammenschluss mit Westdeutschland wegen ihres dann mit Sicherheit zu erwartenden Bedeutungsverlustes habe fürchten müssen.

Arnold regt an, auch die westdeutschen Programme der Fünfziger- und Sechzigerjahre unter dem Aspekt der Propaganda

zu betrachten. „Vor allem der RIAS, der wohl ein schärferes Programm sendete als zum Beispiel der Deutschlandfunk, dürfte hier ein lohnendes Objekt sein.“ An anderer Stelle wertet der Autor den Deutschlandfunk als „das direkte Pendant zum Deutschlandsender“. Was Arnold selbst als Propaganda definiert, hat freilich keiner der westdeutschen Sender seinen Hörern zugemutet.

Dietrich Schwarzkopf

Thomas Tuma: Tödlicher Chat. Roman. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2001, Paperback, 329 Seiten, 12,00 Euro.

Ob in Romanen oder Dramen, in Fernsehserien oder Kinofilmen: Journalisten sind als Hauptfiguren sehr gefragt. Schon von Beruf wegen scheinen sie dazu prädestiniert, zwischen verschiedenen Milieus zu vermitteln, und gerade der Rollenmix von Aufdecker, Aufklärer, Aufmischer, Aufschneider und Aufwiegler macht sie attraktiv. Das Spektrum innerhalb der Literatur reicht von Goethes „Clavigo“ (1774) über Maupassants „Bel-Ami“ (1885) und Feuchtwangers „Exil“ (1940) bis zu Walsers „Ohne einander“ (1993) und der soeben erschienenen Talkshow-Story „Kalbs Schweigen“ von Alexander Gorkow.

Thomas Tuma führt mit seinem

Roman „Tödlicher Chat“, der seit kurzem auch als Taschenbuch vorliegt (rororo 23344), in die Welt des Internets. Neben viel wilder virtueller Kommunikation liefert dieses Erstlingswerk eine erkleckliche Zahl grausamer Morde. Es ist immer die gleiche Masche: Der Täter sucht seine Opfer im Chat und lockt sie zu Blind Dates in Hotelzimmer zwischen Hamburg und München, die auf Namen wie Harald Schmidt, Andreas Türck und Jürgen Fliege gebucht sind. Aufs Bett gefesselt stellt er ihnen dann Quiz-Fragen. Für die richtigen Antworten gibt es keine Millionen, und bei den falschen kommt das Skalpell zum Einsatz – bis die grausam verstümmelten Opfer schließlich verbluten.

„Tödlicher Chat“ schildert die Jagd nach dem „Netzkiller“. Nicht nur die Polizei, sondern auch die Medien-Meute heftet sich auf seine Spuren. Das Milieu der Boulevardpresse wird mit kräftigen Strichen gezeichnet. „Ein Mord ist ... eine Schlagzeile im Lokalteil irgendeiner Regionalausgabe ... Zwei sind ein Alarmzeichen, drei ein Glücksfall“ (S. 53). Der Verfasser liebt grelle Effekte, und er tappt immer wieder in die Klischeefalle des Genres, bei dem zwischen dem fungiblen Karrieristen vom Typ „Reporter des Satans“ und dem sensiblen Moralisten vom Typ „Rächer der Enterbten“ kaum Platz zu sein scheint.

Allerdings gelingen Tuma auch Zwischentöne: Sein Protagonist Marc Pohl, „Trüffelschwein“ und „Klatschreporter“, nimmt einerseits Prozac und setzt auf den großen Coup, hat aber durchaus auch Skrupel und vermag seine „Standardlügen“ noch als solche zu erkennen. Das Buch hat viele Facetten: Man kann es als Zeitgeistreport lesen (mit Ingredienzien wie Lifestyle, Cybersex und Markenfetischismus), aber auch als Mediensatire und als Roman des radikalen Konstruktivismus.

Die Sujets sind modern; das heißt auch: modisch. Der Autor schreibt professionell; das heißt auch: glatt. In diesem Text geht es um das World Wide Web, und es gelingt dem Verfasser, den Leser wie in einem Netz zu fangen - und zu fesseln. Gerade die Verächter des WWW können hier manche Entdeckungen über diesen neuen Kommunikationsraum machen. Ein Buch also für Pädagogen, Psychologen, Pastoren, Prälaten und Professoren!

Postscriptum: Thomas Tuma arbeitet im Wirtschaftsressort des „Spiegels“. Kurz nach Erscheinen seines Romans musste er in diesem Magazin über einen spektakulären Kriminalfall berichten: Die 19-jährige Loreen Leistner aus dem niedersächsischen Halle suchte im Flirt-Chat von „sat1.de“ nach einem Traumpartner - und fand ihren späteren Mörder („Der Spiegel“, Nr. 35 vom 27. August 2001). Fazit des Verfas-

sers: „Wort und Totschlag können nur einen Klick voneinander entfernt sein.“ Man könnte auch sagen: Literatur und Leben liegen manchmal sehr nahe beieinander.

Walter Hömberg

Hansjürgen Koschwitz: *Wider das „Journal- und Tageblattsverzedeln“*. Goethes Pressesicht und Pressenutzung. Münster: LIT-Verlag 2002 (= Kommunikationsgeschichte, Band 10), 284 Seiten, 25,90 Euro.

Es ist schon erstaunlich, dass nach zwei Jahrhunderten Goetheforschung immer noch wissenschaftliches Neuland zu betreten ist - Hansjürgen Koschwitz hat es getan; und die Erträge des Göttinger Emeritus sind bemerkenswert. Akribisch hat er alle nur irgend zugänglichen Hinweise auf Goethes Pressenutzung ausgewertet, dazu auch seine Bewertungen des Journalismus, seiner Produkte und deren Nutzung durch seine Zeitgenossen in den kommunikationswissenschaftlichen Blick genommen. Besonders auffallend ist dabei eine Ambivalenz: Einerseits Goethes insgesamt sehr negative Bewertung des „Pressgetriebes“, geprägt von „Distanz, Misstrauen, Zweifel, wenn nicht Ablehnung“ (S. 269), andererseits eine überaus intensive Nutzung der periodischen Presse, die für ihn in den meisten

Lebensphasen „allgegenwärtige, unverzichtbare Werkzeuge [...] persönlicher Daseinsorientierung“ (S. 272) darstellten.

Deutlich wird auch, dass Goethe vom wechselnden Zeitgeist meist nur wenig „angekränkt“ war. Sein Denken, die meisten seiner Einstellungen blieben Zeit seines Lebens konstant. So seine zutiefst konservative Ablehnung der Pressefreiheit - für ihn gefährlicher „Unfug“; so die prinzipielle Kritik an „Neuigkeitskrämerei“, Sensationslüsternheit und Meinungssucht, die er als wesentliche Eigenschaften der Zeitungsschreiber brandmarkte; so auch die Einstellung, der „Narrenlärm“ der Zeitungen diene vornämlich billiger Zerstreuung und könne dem breiten Volke daher nur schaden. Selbst nutzte er das Tagesschriftum aber durchaus auch um des Vergnügens willen, wiewohl die möglichst zuverlässige, aktuelle und umfassende Information bei der Zeitungs- und die Teilhabe etwa am politischen Diskurs und der Überblick über literarische Entwicklungen bei der Zeitschriftenlektüre stets im Vordergrund standen.

Wirkt manches von Goethes Pressekritik aus seiner obrigkeitstaatlichen Attitüde heraus heute antiquiert, erscheint er in anderem weit seiner Zeit voraus - so etwa, wenn er (zumindest für sich selbst) Zeitungen hohen Quellenrang zumaß und sie sogar

zu „Barometern des Zeitgeistes“ (S. 153) erhob - eine Einschätzung, die sich in der Geschichtswissenschaft erst allmählich im 20. Jahrhundert durchsetzte.

In vielen Punkten konstant war - bei manchen kurzzeitigen Schwankungen - auch Goethes Pressenutzung. Allerdings setzte die kontinuierliche Zeitungslektüre erst relativ spät, um 1780 ein. Zu Goethes tagesaktuellem „Leit-“ oder „Referenzmedium“ wurde ab der Jahrhundertwende, wenig überraschend, die *Allgemeine Zeitung* seines Verlegers Cotta. Dazu rezipierte er eine Vielzahl anderer Blätter aus deutschen Landen (insbes. aus Berlin und seiner Geburtsstadt Frankfurt) wie auch - sofern er sie bekommen konnte - aus dem Ausland. Weit vielfältiger noch war das Spektrum der von ihm genutzten Zeitschriften: Kaum eines der bedeutenderen politischen, literarischen, allgemeinwissenschaftlichen oder auch unterhaltenden Journale der Jahrzehnte zumindest seiner zweiten Lebenshälfte, die Goethe nicht mehr oder weniger regelmäßig wahrnahm, dazu auch Blätter aus Italien, England, Amerika - und insbesondere, allerdings erst in seinen letzten Lebensjahren, aus Frankreich. Nicht nur die Titel wurden von Koschwitz ermittelt, sondern auch Goethes jeweilige Einschätzungen und Interessenschwerpunkte. So entsteht hier zugleich ein kleiner Pressespiegel

des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts.

Keine Frage: Goethe war eine Ausnahmeerscheinung – auch im Hinblick auf seine extensive Mediennutzung. Dennoch kann die genaue Darstellung seines Leseverhaltens und seiner Pressesicht tatsächlich, wie es Koschwitz eingangs verspricht, auch einen „präziseren Einblick gewähren in den historischen Vorlauf der sich in nachfolgenden Generationen formierenden und stetig entfaltenden Informations- und Öffentlichkeitsgesellschaft, in das frühe Werden der Medienära unserer Tage“ (S. 13). Und eine Fundgrube für spitze Aperçus und geistreiche Epigramme ist die Studie – bei dem Gegenstand naheliegend – obendrein.

Markus Behmer

Margit Böck (Hg.): Abenteuer Journalismus. Print. Radio. TV. Online. Wien: Dachs-Verlag 2002, 192 Seiten, 18,40 Euro.

Journalisten stehen in der Skala des Ansehens von Berufen zwar nicht in den oberen Rängen, aber für viele junge Menschen stellt der Journalismus immer noch einen Traumberuf dar. Dabei geistert immer noch das Bild des rasenden Reporters durch viele Köpfe, obwohl es doch inzwischen eine Vielzahl von akademischen und praxisorientierten Institutionen zur professionellen Ausbil-

dung gibt. Mit dem Wort Abenteuer im Titel versuchen die Autorinnen und Autoren des Informations- und Nachschlagebandes über den Journalismus wohl bewusst jene jungen Menschen anzusprechen, die sich von der Sensationsseite dem Journalismus nähern. Auf die junge Zielgruppe ist das Buch auch optisch eingestellt, indem es dem visuellen Trend in moderner, lockerer Aufmachung mit einem popfarbigen Design entspricht.

Das Autorenteam um Margit Böck, Lektorin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, besteht aus jungen, meist freischaffenden Journalistinnen und Journalisten, einem Medienpädagogen sowie erfolgreichen Sach- und Kinderbuchautoren, also mit der Materie vertraute Fachkenner, die ihr jugendliches Publikum in lehrbuchartiger Weise in die zwar verlockend erscheinende, aber harte Medienwelt einführen. Gleich zu Beginn stellen sie fest, dass Journalisten nicht nur ihr Handwerk professionell erlernen müssen, sondern auch die ethischen Grundsätze kennenlernen müssen, um ihrer grossen Verantwortung nachkommen zu können. Sie weisen auf die mit der Kommerzialisierung verbundenen Gefahren und Fallstricke des Wettbewerbs hin und machen einen Unterschied zwischen Qualitätsjournalismus und Boulevardjournalismus. Im Kata-

log des Grundwissens über Printmedien, Radio, Fernsehen und Online steht so auch der nachrichtenorientierte Qualitätsjournalismus im Mittelpunkt.

Im ersten Teil, der mit einer informativen Zeittafel endet, werden in lebendigen Reportagen Entwicklungsstufen und Arbeitsfelder des Journalismus skizziert. Der zweite Teil stellt ein Lexikon im Lehrbuch dar, das kurzgefasst alle Medienbegriffe erläutert. Der dritte Teil berichtet über Ausbildung und Alltag des Journalisten bis hin zur Erlangung eines Presseausweises und zur Mitgliedschaft in Berufsorganisationen.

Der vierte Teil behandelt die Praxis mit konkreten Anleitungen zum Selbermachen von Schülerzeitungen, Schülerradio, Drehbüchern und Online-Arbeit. In einem Anhang werden schliesslich hilfreiche Anschriften von Medienarchiven, Nachrichtenagenturen, Mediendiensten etc. erfasst. Jungen Interessenten kann das - mit leichtem österreichischem Einschlag geschriebene - Werk in der Form eines lebendigen Lehrbuches eine fundierte Einführung in den oft schillernden Journalistenberuf geben.

Ferdinand Oertel